

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Anfrage der Abgeordneten Belit Onay, Helge Limburg, Filiz Polat, Meta Janssen-Kucz und Julia Willie Hamburg (GRÜNE), eingegangen am 10.10.2014

Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Niedersachsen

Im letzten Jahr machten die Proteste von Anwohnerinnen und Anwohnern gegen ein Flüchtlingsheim in Berlin-Hellersdorf bundesweit Schlagzeilen. Auch in diesem Jahr kam es bundesweit immer wieder zu Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte. So gab es laut Pro Asyl und der Amadeu-Antonio-Stiftung bundesweit bisher 18 Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und 155 flüchtlingsfeindliche Kundgebungen (<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/anschlaege-uebergrieffe-und-hetzveranstaltungen-gegen-fluechtlinge-nehmen-zu/>). Insgesamt wurden nach Angaben der Bundesregierung dieses Jahr bereits fast 60 politisch motivierte Straftaten im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften begangen (siehe BT-Drucksachen 18/1593 und 18/2284). Auch in Niedersachsen kam es zu Angriffen auf Flüchtlinge und Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte („Rechtsradikale stören Nachbar-Treffen für Flüchtlingsheime“, *Hamburger Abendblatt*, 12.02.2014; „Zwei Sudanesischer Asylbewerber geschlagen und getreten“, *kreiszeitung.de*, 08.06.2014; „Brandstiftung in Neubau für Asylbewerberheim“, *HAZ*, 26.08.2014). Parteien wie die NPD oder andere rechtsradikale Gruppierungen nutzen und instrumentalisieren dabei oftmals vorhandene Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte oder gründen selbst Bürgerinitiativen, um so ihren ausländerfeindlichen Aktivitäten ein zivilgesellschaftliches Aussehen zu geben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. An welchen Orten hat es nach Kenntnis der Landesregierung in den Jahren seit 2003 Proteste gegen die Unterbringung von Flüchtlingen im Umfeld von geplanten oder schon bestehenden Flüchtlingsunterkünften oder Wohnungen, in denen Flüchtlinge untergebracht wurden, gegeben (bitte nach Orten und Datum sowie Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auflisten)?
2. In welchen der unter Frage 1 genannten Fälle geht die Landesregierung davon aus, dass die Proteste maßgeblich von der NPD bzw. von Kameradschaften oder anderen rechtsradikalen Gruppen oder Organisationen initiiert, gesteuert oder unterstützt wurden (bitte angeben, wer jeweils initiierte, steuerte oder unterstützte)?
3. Zu wie vielen Straftaten kam es nach Kenntnis der Landesregierung im Zusammenhang mit den unter Frage 1 genannten Protesten, und wie viele davon fallen nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden in den Bereich der politisch motivierten Kriminalität - rechts (PMK-rechts) (bitte nach Deliktgruppen angeben)?
4. a) Zu wie vielen Überfällen, Anschlägen, Sachbeschädigungen, tätlichen Angriffen auf
 - aa) Flüchtlingsunterkünfte oder von Flüchtlingen bewohnte Wohnungen,
 - bb) geplante bzw. im Bau befindliche Flüchtlingsunterkünftekam es nach Kenntnis der Landesregierung jeweils in den Jahren seit 2003 (bitte nach Orten und Datum auflisten)?
 - b) Wie viele davon fallen nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden in den Bereich der PMK-rechts?
 - c) Welche Delikte wurden dabei jeweils begangen (bitte möglichst genau unter Angabe verwendeter Waffen oder Gegenstände bzw. direkter körperlicher Tätlichkeiten oder verbaler Bedrohungen anführen)?

- d) Welche Angaben kann die Landesregierung jeweils zur Zahl der beteiligten mutmaßlichen Täterinnen und Täter machen?
- e) Welche Angaben kann die Landesregierung jeweils zur Zahl der dabei verletzten Personen (bitte zumindest nach Flüchtlingen und anderen untergliedern) sowie zur Art der Verletzungen machen?